iwd

Der Informationsdienst
des Instituts der deutschen Wirtschaft

Staatliche Hilfen | 03.03.2023 | Lesezeit 2 Min.

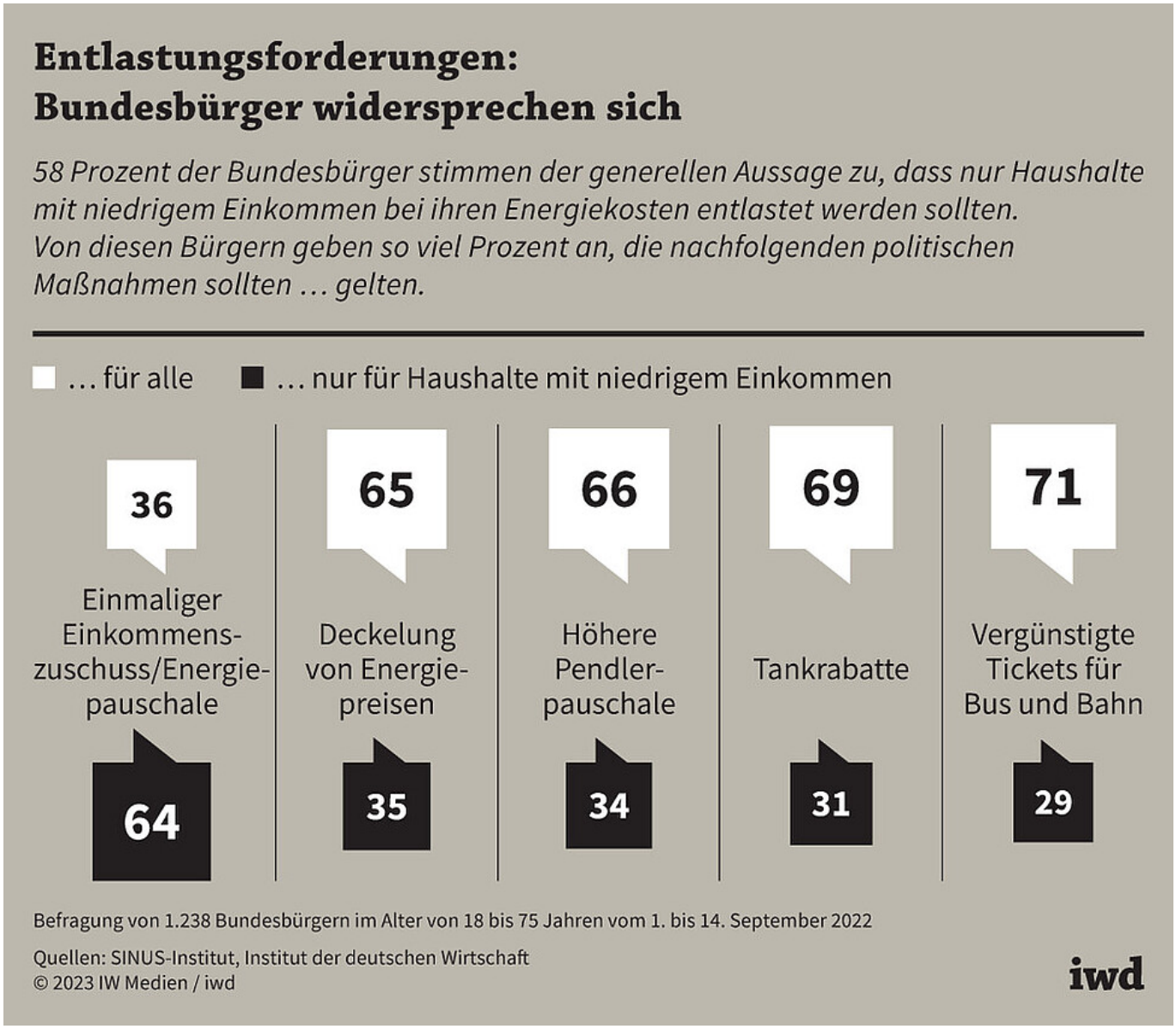
Bundesbürger mit widersprüchlichen Wünschen in der Energiekrise

In der Energiekrise hat die Regierung die Menschen mehrfach entlastet. Wie die Bürger die Maßnahmen bewerten, hat das IW untersucht. Dabei zeigen sich deutliche Diskrepanzen.

Um die Bundesbürger in der Energiekrise zu unterstützen, hat die Ampelkoalition im vergangenen Jahr insgesamt drei Entlastungspakete mit einem Gesamtvolumen von 200 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Statt zielgenauer Maßnahmen für die am stärksten Betroffenen setzte die Regierung dabei aber größtenteils auf das Gießkannenprinzip. Wie diese Krisenpolitik in der Bevölkerung ankommt, hat das IW untersucht.

In einer repräsentativen Befragung gaben 58 Prozent der Bürger an, dass aus ihrer Sicht nur Haushalte mit niedrigem Einkommen bei den Energiekosten entlastet werden sollten. Sobald die IW-Wissenschaftler nach konkreten Maßnahmen fragten, offenbarte sich jedoch ein Widerspruch (Grafik):

Rund zwei Drittel der Bundesbürger, die sich zuvor für eine zielgerichtete Entlastungspolitik ausgesprochen haben, fordern, dass Maßnahmen wie eine höhere Pendlerpauschale, Tankrabatte oder vergünstigte Tickets für Bus und Bahn für alle Haushalte gelten sollten.



Für diese widersprüchliche Anspruchshaltung kann es mehrere Erklärungen geben. So mögen vor allem Haushalte mit höheren Einkommen Entlastungen nur für Niedrigeinkommenshaushalte im Kern befürworten, da sie durch die gestiegenen Kosten nicht über die Maßen belastet werden. Je konkreter eine Maßnahme aber ist, desto größer ist das Bedürfnis, die Vergünstigung ebenfalls „mitzunehmen“.

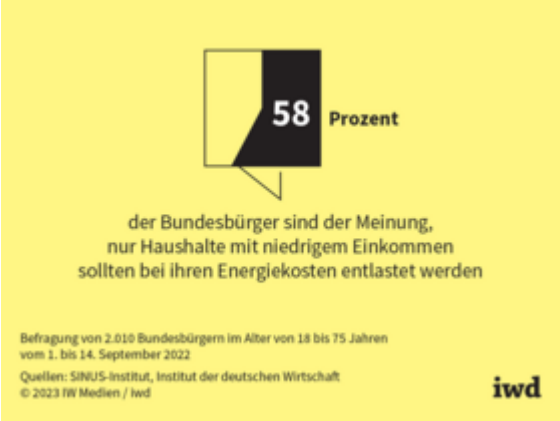
---

58 Prozent der Bundesbürger finden, dass nur Haushalte mit niedrigem Einkommen bei ihren Energiekosten entlastet werden sollten. Wenn es um konkrete Hilfen geht, möchten sie diese aber oft auch für sich beanspruchen.

Darüber hinaus zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Bewertung konkreter Maßnahmen und der parteipolitischen Grundeinstellung. So fordern 95 Prozent aller FDP-Anhänger, die einen Tankrabatt befürworten, diesen allen Haushalten zu gewähren. Aus dem Lager jener Grünen, die ein rabattiertes ÖPNV-Ticket gutheißen, sprechen sich 81 Prozent dafür aus, dass diese Maßnahme allen zugutekommen sollte.

Würden die Anhänger der Koalitionsparteien die entsprechenden Maßnahmen exklusiv für Menschen mit Niedrigeinkommen fordern, würden sie sich selbst oftmals ausschließen. Die Bundesbürger wollten von ihren politischen Repräsentanten bedient werden – und wurden es schließlich auch.

Bei der zukünftigen Entlastungspolitik sollte die Regierung bereits im Vorfeld genau kommunizieren, was von den Maßnahmen zu erwarten ist und wer von ihnen profitiert, um Enttäuschungen in der Bevölkerung zu verhindern. Gleichzeitig muss klar sein, dass die Hilfen für Bedürftige keine Selbstverständlichkeit sind und die Eigenverantwortung beim Energiesparen weiter an erster Stelle steht.



Kernaussagen in Kürze: